

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

## **Beschlussprotokoll**

Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz**

73. Sitzung  
25. März 2026

Beginn: 14.00 Uhr  
Schluss: 16.52 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Frau Staatssekretärin Hoffmann (SenJustV) repräsentiert.

Überdies sind Frau Gerlach (Leiterin der Abteilung III zuständig für Justizvollzug und Strafrecht, SenJustV), Frau Grohmann (Leiterin der Abteilung Zentraler Service zuständig für Personal, Haushalt, Organisation der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, Steuerungsdienst, Personal- und Organisationsentwicklung, SenJustV) und Herrn Kirchner (Leiter des Referats II A zuständig für Staats- und Verfassungsrecht, SenJustV) anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge

ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Ein beauftragtes Gutachten der Justizverwaltung soll bestätigt haben, dass zentrale Regelungen des Partizipationsgesetzes – insbesondere die Einladungsquote und das Bevorzugungsgebot – gegen Art. 33 Abs. 2 und Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes verstießen. Die AfD-Fraktion hat bereits im August 2021 mit der Drucksache 18/4052 die Aufhebung des PartMigG beantragt – das wurde damals von allen Fraktionen dieses Hauses abgelehnt. Beabsichtigt der Senat, dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf zur Aufhebung oder Änderung des PartMigG vorzulegen – und wenn ja, bis wann?“  
(AfD)
- „Wird bei Einladungen zu Auswahlgesprächen im Zuständigkeitsbereich der Justizverwaltung, etwa bei der Einstellung von Staatsanwälten, die Quote nach § 11 Abs. 1 PartMiG eingehalten und im Umfang von ca. 40 Prozent Bewerber:innen mit Migrationshintergrund eingeladen?“  
(Die Linke)
- „Wie viele der in den Jahren 2023, 2024 und 2025 in Berlin neu eingestellten Staatsanwältin\*nen und Richter\*innen haben Migrationshintergrund, wie viele der in Berlin insgesamt tätigen Staatsanwältin\*innen und Richter\*innen haben Migrationshintergrund (jeweils in Prozent und in konkreten Zahlen)?“  
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Aus welchen Gründen ist die zuständige Senatsverwaltung in zwei Fällen von der vorläufigen Empfehlung der Generalstaatsanwältin zur Einstellung von Staatsanwälten abgewichen?“  
(CDU)
- „Wie viele der im Zusammenhang mit Autobränden vor Justizvollzugsanstalten in Berlin im Jahr 2024 begangenen Taten sind nach der kürzlich bekannt gewordenen Verurteilung inzwischen aufgeklärt und konkreten Tatverdächtigen oder Verurteilten zugeordnet worden?“  
(SPD)

## Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/2958  
**Zweites Gesetz zur Änderung von Berliner  
Justizvollzugsgesetzen**

[0296](#)  
Recht

Hierzu: Anhörung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss sich in der Runde der Sprecherinnen und Sprecher am Rande des Plenums am 12. März 2026 auf die Durchführung einer Anhörung zu Punkt 2 geeinigt habe.

Der Ausschuss beschließt gemäß § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs einvernehmlich, ein Wortprotokoll wegen der zu erfolgenden Anhörung anfertigen zu lassen.

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Der Ausschuss hört folgende Anzuhörende an:

- Herrn Thomas Goiny, stellvertretender Landesvorsitzender (Dienstrecht, Justiz), dbb Beamtenbund und Tarifunion Berlin, Landesleitung des dbb Berlin,
- Herrn Dr. Olaf Heischel, Vorstandsvorsitzender des Berliner Vollzugsbeirats,
- Herrn Manuel Matzke, Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation,
- und Frau Christina Müller-Ehlers, Geschäftsführung, Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V..

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Staatssekretärin Hoffmann (SenJustV) gemeinsam mit Frau Gerlach (Leiterin der Abteilung III zuständig für Justizvollzug und Strafrecht, SenJustV) Stellung.

Der Ausschuss beschließt entsprechend der Ausschusspraxis bei Anhörungen einvernehmlich, Punkt 2 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |    |  |                               |
|----|--|-------------------------------|
| a) | Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 19/2956<br><b>Neunzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung<br/>von Berlin</b>               | <a href="#">0294</a><br>Recht |
| b) | Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 19/2957<br><b>Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den<br/>Verfassungsgerichtshof</b> | <a href="#">0295</a><br>Recht |

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) erläutert die Vorlagen – zur Beschlussfassung – zu Punkt 3 a) und 3 b).

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 3 a):

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, dem Plenum zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2956 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 3 b):

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, dem Plenum zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2957 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<a href="#">0278</a>
Drucksache 19/2723	Recht
<b>Strafrechtliche Hauptverhandlungen dokumentieren</b>	BuEuMe(f)
<b>– Rechtsstaat stärken</b>	

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien federführend und der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz mitberatend sei.

Frau Abg. Dr. Vandrey (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem federführenden Ausschuss zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/2723 – abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	<a href="#">0277</a>
Drucksache 19/2715	Recht
<b>Antifa-Bewegung zerschlagen: Finanzierer</b>	BuEuMe(f)
<b>offenlegen – Zellen verbieten – Symbolik untersagen</b>	Haupt InnSichO

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, Punkt 5 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

### Punkt 6 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende teilt mit, dass Einigkeit unter den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen bestehe, auf die heutige Durchführung einer Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung zu verzichten. Aufgrund der Osterferien und des längeren zeitlichen Abstands bis zur kommenden Sitzung bittet er stattdessen die Fraktionen, ihm bis zum 13. April 2026 Vorschläge für die Tagesordnung zu unterbreiten. Er werde auf der Basis der eingereichten Vorschläge nach § 25 Abs. 3 S. 1 GO Abghs eine Tagesordnung erstellen und herausgeben.

Die nächste 74. Sitzung findet am Mittwoch, den 22. April 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey